Nr. 1 *** 30. Jahrgang

Berlin, den 5. Januar 1924

Deutsche Bücherei Leipzig

Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. – Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark – Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

An die Hilfsarbeiterschaft im Deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbe!

Kollegen und Kolleginnen!

Der Reichshilfsarbeitertarif ist am 31. Dezember 1923 abgelaufen. Seine Erneuerung ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Der nunmehr eingetretene tariflose Zustand soll dazu dienen, die in jahrelangen Kämpfen errungenen tariflich geordneten Verhältnisse der Hilfsarbeiterschaft wieder zu beseitigen. Die Unternehmer wollen selbstherrlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren. Insbesondere geht ihr Bestreben dahin, die bisherige 48stündige wöchentliche Arbeitszeit in eine 54stündige umzuwandeln. Das soll zur „Hebung der Produktion" notwendig sein. Während Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeitslos sind und ebenso viele Tausende kurzarbeiten, versucht man weitere Massen von Arbeitern abzustoßen, da durch verlängerte Arbeitszeit die Arbeitsmöglichkeit noch weiter verringert wird. Unbekümmert um die gesetzlichen Vorschriften will der Deutsche Buchdruckerverein und der Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe die Durchführung der verlängerten Arbeitszeit erzwingen. In einem Aufruf an die Mitglieder dieser beiden Unternehmerorganisationen, mit denen wir bisher im Tarifverhältnis standen, wird verlangt, daß allen vom Buchdrucker- und Reichshilfsarbeitertarif erfaßten gewerblichen Arbeitern in den Druckerei- und Zeitungsbetrieben **sofort das Arbeitsverhältnis zum nächstzulässigen Termin aufzukündigen ist.**

Das bedeutet die allgemeine Aussperrung der Buchdruckereiarbeiter Deutschlands.

Kollegen und Kolleginnen! Die Unternehmer begnügen sich nun nicht mehr damit, Eure berechtigten Forderungen nach auskömmlichen Löhnen brüsk abzuweisen, sondern sie holen zum entscheidenden Schlage gegen die wichtigste Revolutionserrungenschaft der deutschen Arbeiter, gegen den Achtstundentag, aus. Mit der Hungerpeitsche sollt Ihr auf die Knie gezwungen werden. Dieselben Unternehmer, die nicht genug über die Not des Gewerbes klagen konnten, wenn wir von ihnen eine den Zeitverhältnissen entsprechende Bezahlung verlangten, dieselben Unternehmer, die jede Regung der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lage als Verbrechen gegen die „Notgemeinschaft" brandmarkten, sie sind es, die jetzt ohne Rücksicht auf diese Notgemeinschaft das ganze Gewerbe stillegen wollen. Einzig und allein nur deshalb, weil sie sich in ihrer Profitmacherei nicht ungehemmt genug fühlen. Um die Notlage der wirklich schaffenden Gewerbeangehörigen, der Arbeiter und Arbeiterinnen, haben sich diese Leute nie gekümmert. Ihre Behauptung, daß durch die Verlängerung der Arbeitszeit und die weitere Verschlechterung der Arbeitslöhne die Produktion gehoben und dadurch die Arbeitslosigkeit vermindert werden kann, ist nichts weiter als eine heuchlerische Phrase, mit der man Uneingeweihte und Dumme irrezuführen versucht. Man will einzig und allein nur aus der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft noch besondere Vorteile für sich herausschlagen. Während Kriegsschmarotzer und andere Vampyre in den letzten Jahren ihr schmutziges Gewerbe möglichst im Verborgenen betrieben, scheuen sich die deutschen Buchdruckereibesitzer nicht, ihrer Arbeiterschaft vor aller Oeffentlichkeit den letzten Tropfen Mark aus den Knochen saugen zu wollen.

Will demgegenüber die deutsche Kollegenschaft die Hände in den Schoß legen? Will sie ruhig zusehen, wie all das, wofür sie jahrelang gekämpft und gestreikt hat, ihr wieder mit einem Schlage brutal entrissen wird? Nein und abermals nein! Das kann und wird nicht eintreten. Das Unternehmertum baut seine schändlichen Absichten darauf auf, daß durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch auch die Arbeiterorganisationen so geschwächt sind, solchen Angriffen nicht mehr mit der notwendigen Entschiedenheit entgegentreten zu können. An unserer Kollegenschaft aber liegt es, zu beweisen, daß sich die Unternehmer getäuscht haben. Der Verband wird den Angriff abzuwehren imstande sein. Je wirkungsvoller das aber geschehen soll, desto mehr muß sich die Verbandsleitung auf die Geschlossenheit und den unbezwingbaren Kampfeswillen der gesamten Kollegenschaft stützen und verlassen können. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo uns der Gegner zwingt, allen Hader unter der Arbeiterschaft zu begraben. Daher weg mit jeder Zersplitterung! Weg mit allen kleinlichen Auseinandersetzungen über untergeordnete Fragen! Es gilt jetzt Großes zu vollbringen. Dazu ist aber Treue zur Organisation und unbedingtes Vertrauen zu ihrer Leitung notwendig. Die Unternehmer rechnen damit, daß ihre Provokation auf fruchtbaren Boden fällt und die Arbeiterschaft zu unüberlegten Handlungen hinreißt. Das darf nicht geschehen. Die gewerkschaftliche Disziplin gebietet, daß nach einem einheitlichen Plan und Willen gehandelt wird. Niemand anders als nur die von Euch gewählten Organisationsinstanzen haben das Recht, die Maßnahmen zu bestimmen, nach denen jetzt gehandelt werden muß.

Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten von Euch, daß Ihr in keinem Ort und in keinem Betrieb auf das Verlangen Eurer Unternehmer, in eine längere als die 48stündige Arbeitszeit einzuwilligen, eingeht. Kein Einzelarbeitsvertrag, kein Betriebstarif darf abgeschlossen werden ohne Mitwirkung der Organisationsleitung. Weder durch Drohungen mit der Entlassung noch durch erfolgte Kündigungen dürft Ihr Euch einschüchtern lassen. Weist jede solche Zumutung auf das entschiedenste zurück und macht von jedem Vorkommnis der zuständigen Organisationsleitung sofort Mitteilung. Die Gau- und Ortsvorstände sind darüber informiert, was sie in den einzelnen Fällen im Interesse der Mitgliedschaft zu unternehmen haben. Befolgt deren Weisungen genau, übt strengste Disziplin, kommt nach wie vor Euren Verpflichtungen gegenüber dem Verbande restlos nach, dann werden wir den Anschlag der Unternehmer sehr bald zurückgewiesen haben. Die Verbandsleitung ist inzwischen nicht untätig geblieben und wird auch fernerhin alles daran setzen, den gesetzlichen und tariflichen Rechten der Mitglieder Geltung zu verschaffen.

Kräftiger denn je erschalle der alte Kampfruf der Arbeiterschaft aufs neue:

Hoch der Achtstundentag!

Der Verbandsvorstand.

Rückblick und Ausblick.

Dem hinter uns liegenden Jahr weint niemand von uns eine Träne nach. Diese zwölf Monate werden bei der Arbeiterschaft immer in Erinnerung bleiben, in keiner angenehmen natürlich. Auch die bescheidensten Erwartungen wurden bitter enttäuscht. Die breite Masse des Volkes mußte ihren Elendsweg weitergehen und geriet noch tiefer in Sorge und Leid, während die ehrenwerte Gilde derer, die vom Wuchern und Devisenhamstern leben, gerade im Jahre 1923 eine glänzende Konjunktur hatte.

Nach der verkrachten Pariser Konferenz zu Beginn des Jahres, die den endgültigen Bruch zwischen England und Frankreich brachte, besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet, und nun begann eine Kette imperialistischer Gewaltmaßnahmen gegen ein im Frieden lebendes Volk, wie sie die Weltgeschichte nie gesehen hat. Die Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft, die durch die gewaltsame Besetzung des Industriezentrums aufs schwerste erschüttert und fast völlig untergraben wurde, bekamen zuerst und vor allem die werktätige Bevölkerung zu spüren. Arbeiter, Angestellte und Beamte führten den Abwehrkampf an der Ruhr, sie brachten die Opfer wirklich und standen monatelang im heldenmütigen Kampfe; andere Schichten dagegen taten groß in Worten und verstanden sogar aus dieser furchtbaren Not noch ein Geschäft, und kein schlechtes, zu machen. Die Regierung führte den Abwehrkampf mit der Notenpresse, und nach einer vorübergehenden Stützung der Mark, die den geschäftstüchtigen Patrioten ein schönes Stück Geld eindrachte, kam es zu einem völligen Zusammenbruch der deutschen Währung und damit zu katastrophalen Folgen für die schon seit dem glorreichen Krieg leidende Bevölkerung.

Wie man die Arbeiter in diesem Kampf unterstützt hat, ist bekannt. Nachdem sie monatelang ausgehalten hatten und mit schönen Redensarten abgespeist wurden, bekamen sie ihren Lohn. Sie dürfen nur in die Betriebe wieder zurück, wenn sie auf den Achtstundentag verzichten, sonst steht es ihnen frei, weiter zu hungern und mit ihren Familien zugrunde zu gehen.

Mit der Entwertung der Mark wurden die Löhne der Arbeiterschaft derartig gesenkt, daß die Gewerkschaften auf Forderung der sogenannten Indexentlohnung bei den Verhandlungen mit den Unternehmern bestehen mußten, die diese Anträge aufs heftigste bekämpften. Auch die Mitglieder unseres Verbandes erhoben durch ihre Vertreter diese Forderungen, ohne allerdings zu einem vollen Erfolge gelangen zu können. Die Inflation nahm den Arbeitern einfach alles und verurteilte sie zu einem beispiellosen elenden Dasein. Im Buchdruckgewerbe bestand seit dem 1. Januar ein Reichstarif für das Hilfspersonal, der in einer Urabstimmung von den Mitgliedern angenommen worden war. Fortgesetztes Feilschen mit den Unternehmern um ausreichende Löhne nahm fast die ganze Tätigkeit der Organisationsvertreter in Anspruch. Die Vorgänge im November und Dezember dürften so gut in Erinnerung der Mitglieder sein, daß ein besonderes Eingehen unnötig erscheint. Die Umstellung der Papiermarklöhne auf Goldmarkentlohnung war die letzte Phase im Lohnkampf, der nun von einem anderen, um die Arbeitszeit, und im Buchdruckgewerbe außerdem um den Reichstarif abgelöst worden ist.

Die Erschütterungen der deutschen Wirtschaft durch den Ruhrkampf und die Inflation haben ebenfalls die Gewerkschaften heftig zu spüren bekommen. Nur der feste Zusammenhalt der Mitglieder hat sie vor der Katastrophe bewahrt. Als im Juli und August die Geldentwertung besonders stark einsetzte, kamen die Verbände in eine verzweifelte Situation, die jetzt glücklich überwunden ist. Unser Verband ist keineswegs davon verschont geblieben. Schon im Februar konnte unser Verbandsvorsitzender auf den Niedergang der wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse hinweisen und er ersuchte die Verbandsmitglieder, noch aus anderen Gründen, den eigentlich in diesem Jahre fälligen Verbandstag zu vertagen. Die Kollegen und Kolleginnen haben durch Abstimmung die Vertagung beschlossen, so daß der Verbandskasse die für die Generalversammlung nötige Ausgabe erspart geblieben ist.

Das Jahr 1923 war für unsern Verband ein Jubiläumsjahr. Am 31. Mai waren 25 Jahre seit seiner Gründung verflossen. Wie dieses Tages gedacht wurde, ist durch eine Festnummer der „Solidarität" bekanntgeworden. Mit dem Verband feierten noch Stuttgart, Leipzig und Hannover in diesem Jahre ihr 25jähriges Bestehen. Am besten waren noch die beiden ersten großen Zahlstellen daran, die diesen Tag festlich begehen konnten. Allen war es aber Anlaß, zurückzublicken auf die Jahre der Arbeit, war es neuer Ansporn, im harten Kampfe auszuhalten und zu den alten Erfolgen neue zu fügen.

Das ist in gedrängter Kürze ein Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse. Viele hoffen auf bessere Tage, die allerdings nicht kommen werden, wenn wir mit verschränkten Armen den Dingen ihren Lauf gehen lassen. Wir werden uns, und zwar sehr kräftig, rühren müssen. Die Unternehmer sorgen schon dafür, daß die Arbeiter nicht untätig bleiben dürfen, und zwar sind es besonders die Unternehmer im Buchdruckgewerbe, die als die ersten im graphischen Gewerbe es ihren Kollegen zeigen wollen, wie es gemacht wird, um die Arbeiter niederzuhalten und die Organisationen lahmzulegen. Zuerst versuchten sie, die 57stündige Arbeitszeit im Gewerbe einzuführen und hatten auch tatsächlich vor einem Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium Erfolg, das in einer bereits bekanntgegebenen Entscheidung die Arbeitszeit auf wöchentlich 54 Stunden festsetzte. Die Bemühungen der Unternehmer, diesen Schiedsspruch verbindlich erklären zu lassen, sind gescheitert. Das Reichsarbeitsministerium hat sich nicht dazu entschließen können und sich geweigert, die Verbindlichkeitserklärung auszusprechen. Darauf haben nun die Unternehmer ihre Mitglieder im DBV. zum Kampf gegen

die Verbände der Buchdruckereiarbeiter aufgerufen. In ihrem Organ, der „Zeitschrift“, schreiben sie:

An unsere Mitglieder!

Nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums besteht keine Aussicht auf Verbindlichkeitserklärung des am 19. Dezember d. J. gefällten Schiedsspruches. Die Gehilfenvertreter haben weitere Verhandlungen auf der Grundlage dieses Schiedsspruches abgelehnt. Sie haben die Fortführung der Tarifverhandlungen von der Bedingung abhängig gemacht, daß die 48stündige Arbeitswoche Grundlage des Tarifvertrages bleibe. Der Deutsche Buchdruckertarif hört daher am 31. Dezember d. J. zu bestehen auf.

Die Vorstände der unterzeichneten Organisationen haben unter Hinzuziehung der Kreisvorstände aus dem ganzen Reiche zu dieser Sachlage ausführlich Stellung genommen. Sie sind einmütig zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Schiedsspruch im Interesse der Hebung des schwer daniederliegenden Buchdruck- und Zeitungsgewerbes, im Interesse der Verbilligung der Produktion und damit im Interesse der Arbeiterschaft durchgeführt werden muß. Nach sorgfältiger Abwägung aller Möglichkeiten sehen sie zur Erreichung dieses Zieles keinen anderen Weg als den, zur Kündigung sämtlicher Arbeitnehmer zu schreiten.

Die unterzeichneten Organisationen fordern hiermit ihre Mitglieder auf, allen vom Buchdrucker- und Reichshilfsarbeitertarif erfaßten gewerblichen Arbeitern in den Druckerei- und Zeitungsbetrieben sofort das Arbeitsverhältnis zum nächstzulässigen Termin aufzukündigen.

Berlin, den 31. Dezember 1923.

Deutscher Buchdruckerverein E. V.

Dr. Petersmann. H. Heenemann. Dr. Woick. Kah. Otto. Schlosser. Wiemann. Wolf. Jaeger. S. Weber. Schmidt. Neusch. Hoesch. Fischer. Kümmel.

Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe.

Dr. Simon. Scheuer. v. Zweck.

Vorstehende Aufforderung bedeutet die Aussperrung im gesamten Buch- und Zeitungsgewerbe. Die Unternehmer geben das selbst zu, sie wollen den Kampf, und natürlich auch gewinnen. Ihr Vorgehen ist gesetzwidrig. Nachdem die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 von neuem Gesetz geworden ist, besteht die achtstündige Arbeitszeit zu Recht. Ausnahmen sind nur zulässig durch tarifliche Vereinbarungen, wenn sich die Vertragsparteien einigen, ebenfalls kann der Gewerbeaufsichtsbeamte auf Antrag Abweichungen von der gesetzlichen Regelung gestatten, sofern eine Verlängerung der Arbeitszeit aus betriebstechnischen oder allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geboten ist.

Die Unternehmer des Buchdruckgewerbes wissen nun genau, daß die bei ihnen beschäftigten Arbeiter sich tariflich nie auf eine längere als achtstündige Arbeitszeit verpflichten werden, der andere Weg, sich an den Gewerbeaufsichtsbeamten zu wenden, ist ihnen wahrscheinlich zu aussichtslos, so versuchen sie mit Gewalt, was sie rechtlich nicht erlangen können. Sie geben ja in ihrem Aufruf offen zu, daß sie nach sorgfältiger Abwägung aller Möglichkeiten keinen anderen Weg zur Erreichung ihres Ziels sehen, als zur Kündigung sämtlicher Arbeitnehmer zu schreiten. Das Unternehmerorgan bringt auch in derselben Nummer klar zum Ausdruck, warum die beiden Vereinigungen der Arbeitgeber zur Selbsthilfe greifen müssen. Auf eine Zustimmung zur freiwilligen Verlängerung der Arbeitszeit von seiten der Arbeiterführer könnten sie nicht rechnen, der Arbeiterschaft fehle das Verständnis dafür, und das Reichsarbeitsministerium bringe anscheinend nicht den Mut auf, die Arbeitszeit auf 54 Stunden wöchentlich im Buchdruckgewerbe festzusetzen. Da auch durch Schiedssprüche der notleidenden Privatwirtschaft nicht geholfen werde, mußten die Unternehmer selbst handeln. Groß ist ihr Erstaunen, daß durch die neue Arbeitszeitverordnung grundsätzlich am Achtstundentag festgehalten wird, da dieser „vor allem zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geführt hat“.

Wir dürfen es dieser Unternehmergruppe nicht übelnehmen, wenn sie in ihrem Aerger über die achtstündige Arbeitszeit zu demagogischen Kniffen ihre Zuflucht nimmt. Sie wissen genau so gut wie jeder Arbeiter, wer und welche Umstände das deutsche Elend verschuldet haben. Wir wundern uns nur, daß sie annimmt, in ihren Kreisen noch Leute zu finden, die ihnen den Schwindel glauben, der Achtstundentag sei schuld an den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Es gibt einsichtige Unternehmer, die offen ausgesprochen haben, daß die Arbeitsleistung durch die achtstündige Arbeitszeit sehr günstig beeinflußt worden ist. Zu ihnen gehört auch der Großindustrielle Dr Bosch in Stuttgart. In einem Aufsatz in der Werkzeitung seines Betriebes bedauert Herr Bosch, „daß es heute noch Unternehmer gibt, die glauben, nur bei einer längeren Arbeitszeit könne Deutschlands Wirtschaftsleben wieder aufgebaut werden“. Das sind solche Unternehmer, „die von einer technischen und nach gut durchdachten Grundsätzen durchgeführten Vervollkommnung ihrer Betriebe nichts wissen wollen, weil sie sich zu dem erforderlichen Aufwand von Denkarbeit und Geld, der sich doch bald bezahlt machen würde, aus Bequemlichkeit oder sonstigen, ebensowenig stichhaltigen Gründen nicht entschließen können und lieber im alten Trott weiterwursteln“. Nach seiner Erfahrung und Ueberzeugung „ist der Achtstundentag in Industrie und Gewerbe nicht nur eine Notwendigkeit, sondern auch ein Segen für unser Volk“.

Nun hat dieser Industrielle den Achtstundentag schon vor dem Kriege eingeführt. Aber auch andere Unternehmer, die erst durch die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit zur achtstündigen Arbeitszeit gekommen sind, lehnen das Märchen, das unsere Unternehmer uns erzählen wollen, ab. Der deutschnationale Fabrikdirektor Burger in Chemnitz hat öffentlich folgendes zugegeben: „Bei dem Unternehmen, dem ich vorstehe, hat der Achtstundentag eine Minderleistung nicht gebracht. Durch die zweckmäßige Verteilung der Arbeitszeit hat sich die Produktion um rund 15 Proz. gesteigert.“ Die Feststellungen des Herrn Burger stimmen überein mit den Feststellungen, die andere Unternehmer auch machen; nur wenige von diesen geben aber öffentlich der Wahrheit die Ehre. Und zu diesen gehören eben auch die Unternehmer des Buchdruck- und Zeitungsgewerbes.

Diese Ausbeuter der menschlichen Arbeitskraft wollen uns auch erzählen, daß nicht die Arbeiter selbst auf den Achtstundentag versessen sind, die Arbeiterführer sollen es sein, die krampfhaft an dem „Dogma des Achtstundentages“ festhalten. Und aus Angst vor der Organisation, wie den Unternehmern mitgeteilt wurde, wird schon jetzt heimlich mehr als acht Stunden täglich gearbeitet. So lustig diese Behauptung der Unternehmer ist, die Arbeiter werden doch nicht darüber lachen können. Sie sehen, mit welchen schäbigen Mitteln gegen die Organisationen der Arbeiter vorgegangen wird. Zugegeben, daß der eine oder andere Gehilfe oder Hilfsarbeiter länger als acht Stunden gearbeitet hat, fraglich ist nur, ob der oder die Betreffende organisiert war. War es aber der Fall, so geschah es aus Angst vor dem Ausbeuter, der rücksichtslos die traurigen Verhältnisse fleißiger Arbeiter in seinem Profitinteresse ausgenützt hat. Damit aber den Unternehmern ihr schädliches Treiben, die Arbeiter zu Lohnsklaven zu machen, gelegt wird, haben die Organisationsleiter die Pflicht, hier scharf aufzupassen und sofort einzugreifen, wenn ihnen solche Unternehmergelüste bekannt werden. Dazu sind sie da, das verlangen die Mitglieder von ihnen, die nicht in ihrer Allgemeinheit durch die Dummheit einzelner Verzagter und Aengstlicher Schaden nehmen wollen.

Aus dem Aufruf des Verbandsvorstandes an der Spitze dieser Nummer ersehen die Mitglieder, wie ernst die Situation ist. Glaube niemand, daß die Unternehmer nur drohen, sie werden in bekannter Scharfmacherart zur Tat schreiten. Nur durch den Verband werden wir diesen Schlag parieren und ihn zurückgeben können, der einzelne wird in dem Kampf zermalmt werden. Die Organisationsleitung hat fortgesetzt seit Jahr und Tag auf diese Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum hingewiesen, hat die Mitglieder nie im Zweifel darüber gelassen, daß der entscheidende Kampf uns noch bevorsteht, wenn einzelne Heißsporne nicht warten und durchaus losschlagen wollten. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, jetzt heißt es bereit sein und alle Kräfte zusammenfassen, da profitgierige Scharfmacher die Organisation schwach glauben. Wir nehmen mit Freuden diesen Kampf auf und sind um seinen Ausgang nicht bange.

Allgemeinverbindlich erklärte Lohnvereinbarung.

Der Präsident
der Reichsarbeitsverwaltung
(Tarifabteilung)
Nr. V (VI) 125/142.

Berlin NW. 6, Luisenstr. 33,
den 20. Dezember 1923.
Fernsprecher: Norden 11 900.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 6 Abs. 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien
 a) auf Arbeitgeberseite:
 Deutscher Buchdruckerverein E. V., Berlin.
 b) auf Arbeitnehmerseite:
 Verband der Deutschen Buchdrucker;
 Gutenbergbund;
 Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands;
 Graphischer Zentralverband.

2. Abgeschlossen am 9. November 1923 (angenommener Schiedsspruch, Teil 1); Lohnabkommen zum allgemein verbindlichen Buchdruckertarif vom 19. Dezember 1922 und Buchdruckerhilfsarbeitertarif vom 22. Dezember 1922.

3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gehilfen und Hilfsarbeiter in Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdruckerei-Abteilungen im Umfange der Allgemeinverbindlichkeit des Buchdruckertarifs vom 19. Dezember 1922 und des Buchdruckerhilfsarbeitertarifs vom 22. Dezember 1922 (Reichsarbeitsblatt Nr. 17 vom 1. September 1923).

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit gilt für die Zeit vom 3. November bis 9 November 1923.

Im Auftrage:
gez. Dr. Busse

Aus den Zahlstellen.

Berlin. In der Mitgliederversammlung am 30. Dezember referierte der 1. Verbandsvorsitzende, Kollege Bucher, über die tariflichen Schwierigkeiten im Buchdruckgewerbe. Besonders beschäftigte er sich mit dem Verhalten der Unternehmer, die Verhandlungen über einen neuen Hilfsarbeitertarif abgelehnt haben, und mit den Maßnahmen, die sich hieraus für den Verbandsvorstand ergeben. Die Versammelten nahmen nach kurzer Aussprache einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Die am 30. Dezember 1923 versammelten Berliner Mitglieder des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands nehmen zur Kenntnis, daß der Deutsche Buchdruckerverein es ablehnt, den Reichshilfsarbeitertarif zu erneuern. Insoweit die Unternehmer damit die Absicht verfolgen, unter rücksichtsloser Ausnützung der Konjunkturverhältnisse die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Buchdruckereihilfsarbeiterschaft noch weiter zu verschlechtern, legen die Versammelten dagegen die allerentschiedenste Verwahrung ein. Die Berliner Hilfsarbeiterschaft hat die bisherigen tariflichen Verpflichtungen nur auf sich genommen, weil es dadurch ermöglicht wurde, auch für die Provinz geordnete Tarifverhältnisse zu schaffen und aufrecht zu erhalten. Lehnen es nunmehr die Unternehmer ab, einen Tarifvertrag für das ganze Reichsgebiet neu abzuschließen, dann entfällt auch für die Berliner Hilfsarbeiterschaft jedes Interesse an irgend welcher tariflichen Bindung. Die Versammelten erklären, daß sie mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln nicht nur für die Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch für deren fortgesetzte Verbesserung eintreten werden.“

Bei der Ersatzwahl für den Verbandsvorstand wurde

Diebe.

Beim gelben Schein der tief auf den Tisch herabhängenden Lampe saßen sie schweigend mit abendfahlen Gesichtern.

In Mutters arbeitsharten Händen blinkten die Stricknadeln, und einen Augenblick lang hörte man nichts als das verlegene Getick der einander befehdenden Nadeln.

„Hör' nun auf zu lesen,“ — sagte Vater endlich ärgerlich. Es störte ihn, daß Netje so gefühlvoll vorlas, mehr noch, daß sie währenddem die letzten Krümel vom Teller aufzupicken trachtete.

„Ach, was,“ klagte Net, ohne dem Wunsch nachzukommen.

„Hörst Du nicht? Mach's Buch zu!“ . . .

„Als ob ich's ändern könnte,“ sprach Net mißlaunig.

„Wirst Du gefragt?“ schnauzte der Vater sie wütend an.

Das Buch fiel zu, und unwillig warf das Kind sich zurück auf dem Stuhl.

Wieder beklemmendes Schweigen. Mutter verschob ihre Brille, und wieder strickten die mageren Finger an dem sich geschmeidig dehnenden Sajet. Marianne, die schläfrig in die Lampe blickte, gähnte laut und versuchte, dieses Geräusch unter ihrer Hand zu ersticken.

„Wenn Du müde bist, dann geh' zu Bett!“ herrschte Vater sie grimmig an.

„Ach,“ — gähnte Marianne weiter, die Augen naß von Müdigkeit: „was Du auch alles beachtest . . .“

„Man gähnt nicht in Gesellschaft,“ raisonnierte er, froh, daß er recht hatte.

„Als ob ich das absichtlich täte,“ verteidigte sich Marianne, beleidigt und ärgerlich die Nase hochziehend.

„Das fehlte auch noch,“ fuhr er los; „Du scheinst heute abend Dein Vergnügen darin zu suchen, mir zu widersprechen.“

„Ach, nein, Papa, wirklich nicht — Du bist nur selbst so schlecht gelaunt.“

„Soo — wer sagt das?“ brummte er, zornig seinen Stuhl verschiebend.

Mutter versuchte gütig, doch mit zaghafter Geberde — Zank ist solch ein Elend, wenn man doch im Elend lebt, — ihn zu beschwichtigen. Sie legte ihr Strickzeug freundlich nieder, und auf das Strickzeug die schwere stählerne Brille, und kurzsichtig nach dem Lichtkegel blinzelnd — welch' eine Last man doch mit den Augen hat — sprach sie, jedes Wort langsam wiegend: „. . . Nun . . . Alterchen . . . vielleicht liegt da noch etwas.“

„Nein,“ lehnte er kurz ab.

Am Kamin durchsuchte sie den großen Becher und den kleinen und die kleinen Vasen, wo hinein sie beim Abstäuben wohl 'mal ein Endchen legte. Nichts. Dann durchschnüffelte sie nervös den Nähkasten, durchwühlte die Röllchen und Knöpfe und versetzte den Briefbehälter — nein, nichts. Sie wußte das auch wohl. Sie hatte schon gestern gesucht und heute morgen auch und heute mittag. Aus der Luft kann's nicht fallen.

Vater war aufgestanden, lief wütend, mit den Händen in den Hosentaschen, im Zimmer auf und nieder.

„Such' nur nicht mehr! — Ich kann schon so leben, — ich dachte überhaupt nicht daran. Und nun bringst Du mich erst grade wieder darauf.“

Bedrückt setzte sie sich nieder, das zimmerbleiche Gesicht über den Strickstrumpf gebeugt, die Brille schief auf der Nase, peinlich quer neben dem roten Streifen, wo sie sonst immer ruhte. Und die Finger glitten wieder weiter mit der Bewegung der glatten Nadeln.

Marianne gähnte aufs neue — aber erschrocken bedenkend, daß sie eben etwas darüber zu hören bekommen hatte, verzog sie komisch den Mund das Geräusch verschluckend, sprach sie:

„Ich begreife nicht, Papa, wie Du so versessen darauf sein konnst.“

„Nun, — nun“ beschwichtigte Mutter verlegen über ihre Brille wegsehend — geh' nur zu Bett.“ Und das von den beiden sich erhebenden Kindern verursachte Gepolter brachte etwas Ablenkung.

Als Mutter auch oben war, stützte er den Kopf in die Hände. Die abweisende Strenge schwand von dem bärtigen Antlitz, das nun, wo er allein war und niemand ihn ansah, älter zu werden schien. Daß er sich in so schrecklich widrigen Verhältnissen befand — störte ihn nicht mehr. Alles wird man gewöhnt, wenn es anfänglich auch erscheint, als ob es ein Berg wäre über den man nicht hinüberkönne. Aber nun seit drei Tagen keine Zigarre — früher hatte er sie zu zehn und zwölf Cents geraucht — drei Tage ohne die Aussicht auf einen ordinären, ganz ordinären Glimmstengel! Und auch keine Pfeife mehr. So ein kleines Elend empfindet man als etwas Großes. Aus solch einem Zug Tabak, da kriegt man — wie soll man das sagen? — da bekommt man wieder Mut und neue Pläne und neue Hoffnung.

Und nun dies widerliche, leere, unbefriedigte, kopfschmerzhafte Gefühl, der unangenehme Rückschlag vom früheren zu vielen und zu schweren Rauchen. Sein ganzes augenblickliches Elend schien ihm in die Kehle zu steigen — das unbezahlte Schulgeld — der abweisende Krämer — die Qual mit dem Kostgänger, der einen Monat im voraus bezahlt hatte und nun immer klagte — so von oben herab klagte — als ob seine Frau ein Dienstmädchen wäre — über das Essen klagte, das immer schlechter und schlechter werde. Lieber Gott, heute mittag hatte er sogar die Pendule ins Pfandhaus getragen, nur damit der Kostgänger Filet zum Diner bekam, und morgen mußte der Schuhmacher einen Gulden dreiundzwanzig haben — der Schuhmacher, der schon vier-, fünf-, sechsmal umsonst dagewesen war und jeden Augenblick pöbelhaft an der Tür lärmen konnte. Einen Gulden dreiundzwanzig . . . Einen Gulden dreiundzwanzig . . .

Schwindlig erhob er sich und ging über den Korridor ins Hinterzimmer, um die Lampe anzuzünden. Jeden Abend tat er das für den Kostgänger. Wenn der nach Hause kam, mußte die Lampe halbhoch brennen. Mit schwerem Kopf ging er am Tisch entlang — zurück — zögerte. Neben der Zeitung des Herrn stand ein Kistchen mit Zigarren, der Deckel stand auf, die Zigarren lagen spitzig und appetitlich

Kollege Reinhold Schulz gewählt. Kollege G. Grohmann berichtete über die Verhandlungen im Steindruckgewerbe. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch mit der Beitragsfrage.

Dresden. Eine am 20 Dezember 1923 stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Beschluß des Deutschen Buchdruckervereins, den Hilfsarbeiter-Reichstarif ab 1. Januar 1924 nicht wieder zu erneuern. Kollege Herrmann schilderte in längeren Ausführungen die Tarifpolitik des DBV. und kennzeichnete die Anträge der Arbeitgeber, die sie zur Erneuerung des Gehilfentarifs gestellt haben. Diese Forderungen kämen einem Tarifdiktat gleich nach dem Grundsatze: Für die Herren die Rechte und die Pflichten für die Knechte. Der Wiederaufbau des graphischen Gewerbes dürfte unter keinen Umständen nur allein auf Kosten der graphischen Arbeiterschaft erfolgen. Eine Arbeiterschaft, die bereits große Opfer für das Gewerbe gebracht und heute noch entsetzlicher denn je unter der herrschenden Not zu leiden hat, ist nicht mehr willens, noch weitere Lasten in bezug auf Arbeitszeit und alle in Aussicht gestellten Verschlechterungen auf sich zu nehmen. Der Redner streifte den Berliner Streik in seinen Auswirkungen und die dadurch anscheinend gestärkte Hoffnung der Prinzipale, der graphischen Arbeiterschaft den Fuß in den Nacken setzen zu können. Er zitierte einen Ausspruch eines Führers der Zentrumspartei anläßlich des Kulturkampfes durch Bismarck: „Gott sei Dank, es geschieht Gewalt!" Er wußte, daß die Gewalt die stärksten Kräfte des Gemüts herausfordert. Darum wird auch die Gewaltpolitik der Arbeitgeber den Kampfeswillen unserer Mitglieder stärken.

In der regen Aussprache kam zum Ausdruck, die geplanten Vergewaltigungen mit aller Macht abzuwehren. Ein angenommener Antrag verlangte dann, daß die nächste Generalversammlung der Dresdener Zahlstelle beschließen möge, die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung für Dresden außer Kraft zu setzen. Die bevorstehenden Ereignisse erfordern diese Maßnahme, um die Finanzkraft des Verbandes zu heben. Man bedauerte, daß der Hauptvorstand einem früher gestellten Antrag des Dresdener Vertrauenspersonenkörpers, obengenannte Unterstützungen am 1. Dezember 1923 für das ganze Reichsgebiet aufzuheben, nicht nachgekommen ist.

Sodann wurde noch seitens der Leitung auf das Wiedererscheinen der „Solidarität" hingewiesen und in Anbetracht der bevorstehenden Ereignisse zum Abonnement aufgefordert.

Hamburg. Die Leitung der örtlichen Organisation der Gehilfen und Hilfsarbeiter wendet sich mit einem Aufruf an die Verbandsmitglieder, in dem es heißt:

„Ein neuer Tarif ist bis jetzt nicht zustande gekommen; die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ist nach einer Zeitungsmeldung vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden. Die Leitung der Hamburger Unternehmer hat es abgelehnt, bis zur Schaffung eines neuen Tarifs die zurzeit bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter gelten zu lassen. Sie hat es auch abgelehnt, örtlich über neue Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln, solange die Arbeiterschaft nicht bereit ist, grundsätzlich die 54-Stundenwoche anzuerkennen.

Es wird nunmehr versucht werden, an Stelle des Tarifvertrages Einzelarbeitsverträge zu setzen. In diesem Falle ist an den seitherigen tariflichen Bestimmungen festzuhalten.

Alle Versuche der Unternehmer, ab 2. Januar Einzelarbeitsverträge mit verschlechterten Bedingungen abzuschließen, sind zurückzuweisen; von solchen Versuchen ist der Vorstand sofort zu unterrichten. Die Festsetzung neuer Arbeitsbedingungen kann nur durch Verhandlungen der Organisationsleitungen erfolgen.

Wo solche Einzelarbeitsverträge oder Betriebsvereinbarungen den Personalen aufgezwungen werden sollen, ist sofort das Gewerbegericht oder der Schlichtungsausschuß anzurufen. Bei letzterem ist zu beachten, daß nur noch Gesamtstreitigkeiten, also solche einzelner oder mehrerer Belegschaften anhängig gemacht werden können."

Die Hamburger Unternehmer glauben durch Abschluß von Hausverträgen die Organisation völlig ausschalten zu können. Sie wollen offenbar ebenso wie die Berliner Prinzipale diese Zeit ausnutzen, um die Arbeitnehmer völlig niederzuducken. Haben doch die Berliner Buchdruckereibesitzer beschlossen, sämtlichen Arbeitnehmern im Berliner Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zum nächsten Termin zu kündigen.

Die Handlungsweise der Prinzipale, für die ein allgemeinwirtschaftlicher Grund nicht vorliegt, ist um so mehr zu verurteilen, als sich gerade jetzt eine leichte Besserung im Gewerbe bemerkbar macht, die durch eine derartig frivole Haltung geradezu wieder zunichte gemacht wird. Nach den Erfahrungen, die man in letzter Zeit mit den Prinzipalen machte, die selbst Lohnabkommen mit der Gültigkeit für eine Woche nicht annahmen, sondern erst die Verbindlichkeitserklärung abwarteten, ist ihre jetzige Haltung nur als eine Fortsetzung einer Politik anzusehen, die darauf gerichtet ist, die Arbeiter mehr und mehr zu entrechten, ohne Rücksicht auf die dadurch ausgelösten Erschütterungen. Mit dieser Politik übertrumpfen die Prinzipale selbst ihre Haltung vor dem Kriege, wo sie doch noch immer Wert auf ein Zusammenarbeiten mit der Arbeitnehmerorganisation legten.

Köln. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nahm die Mitgliedschaft Stellung zum örtlichen Lohnabschluß. Gauleiter Heilmann berichtete in kurzen Zügen. Während die Prinzipale zu der Zeit, da die Notenpresse noch lief und auch sonstige Quellen sprudelten gebefreudig gewesen seien, zeigten sie jetzt ihr wahres Gesicht, sie wollen, nachdem sie Riesengewinne eingeheimst, jede Woche den Lohn mehr abbauen. — Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete jedoch der zweite Punkt: „Beschlußfassung über ein Konjunktur-Weihnachtsgeschenk der Prinzipale". Gauleiter Heilmann führte hierzu aus: Bei dem Unternehmertum im Buchdruckgewerbe mache sich mehr als in anderen Unternehmerlagern das Bestreben geltend, die ungünstige wirtschaftliche Lage in der schamlosesten Weise für ihre Zwecke auszunutzen. Wenn die Buchdruckprinzipale aber glauben sollten, die Hilfsarbeiterschaft als Kulis behandeln zu können, so könne heute schon erklärt werden, daß die Hilfsarbeiterschaft dies nicht mitmache. Zu gegebener Zeit würde dies den Unternehmern noch gezeigt werden. Ein Tarifabschluß auf zentraler Grundlage — so fuhr Redner fort — sei für die Allgemeinheit der deutschen Hilfsarbeiterschaft nach seiner Meinung die beste Lösung. Es beständen auch heute noch Gesetze, um das Unternehmertum zu zwingen, mit der Hilfsarbeiterschaft zu verhandeln. Die ausgiebige Aussprache bewegte sich im Sinne der Worte des Referenten. In seinem Schlußwort konnte Gauleiter Heilmann unter vollster Zustimmung aller Anwesenden als Resumee der Versammlung erklären, „daß die Kölner Hilfsarbeiterschaft den Widerstand des Deutschen Buchdruckervereins, den Reichshilfsarbeitertarif zu erneuern, nur als ein taktisches Manöver ansieht. Trotz des augenblicklichen gewerblichen Stillstandes haben wir das feste Vertrauen zu uns und unserer Organisation, etwaiger Unternehmerwillkür die nötigen Machtmittel entgegenzustellen. Die Verantwortung für Störungen in den Betrieben komme auf das Haupt jener Buchdruckherren und juristischen Beistände, die der Hilfsarbeiterschaft das Recht auf menschliches Dasein versagen. Ob Reichs-, Kreis-, Bezirks-, Ortstarif oder kein Tarif — wir sind nicht gewillt, mit uns spielen zu lassen."

Leipzig. V e r s a m m l u n g s s p r e n g e r a n d e r A r b e i t. Der hiesige Gauvorstand berief die Leipziger Kollegenschaft am Donnerstag, den 20. Dezember, zu einer großen Protestversammlung nach den Schloßkellersälen ein, um gegen das provozierende Verhalten der Prinzipale Stellung zu nehmen. Die gut vorbereitete Versammlung war trotz der widrigen Umstände: Kurzarbeit, Weihnachtswoche und anderes mehr, sehr gut besucht. Wer nun glaubte, daß einmütig ein Protestschrei gegen die Unternehmerwillkür den koalierten Buchdruckprinzipalen in die Ohren gellen würde, der sah sich vollständig enttäuscht. Eine anscheinend gut organisierte Sprengkolonne unter Führung des ausgeschlossenen Mitgliedes Vorlop verhinderte das Abhalten dieser Protestversammlung. Schon am Tage vorher wurden die Fühler im Bureau ausgestreckt. Ein Kollege erkundigte sich, was denn morgen alles los sei. Er könne nicht an der Versammlung teilnehmen, da er eine andere wichtige Sitzung habe. Zu seinem Leidwesen konnte er keine Auskunft erhalten und seine Mission war umsonst. Aber nichtsdestoweniger war der Kollege trotz seiner wichtigen Sitzung in der Versammlung anwesend. Seine gewichtige Stimme in der Opposition durfte nicht fehlen. Mit der Begründung, daß hier eine öffentliche Protestversammlung abgehalten würde, nahm Vorlop das Recht für sich in Anspruch, an der Versammlung teilzunehmen. Der Hinweis, daß hier eine Mitgliederversammlung stattfindet, begründet schon durch den bestehenden Ausnahmezustand und daß er, Vorlop, a l s s t ä d t i s c h e r A n g e s t e l l t e r hier nichts zu suchen habe, blieb unbeachtet. Er kam den mehrmaligen Aufforderungen des Versammlungsleiters, den Saal zu verlassen, nicht nach. Seine getreuen Helfershelfer leisteten gleich ihm den größten Widerstand. Der Vorsitzende Kollege Beyer war dadurch gezwungen, die Versammlung zu schließen und sie auf einen anderen Tag zu verlegen. Die „revolutionäre" Heldentat dieser Kollegen wird nunmehr die trostlose Lage der Hilfsarbeiterschaft verbessern und ganz bestimmt die renitenten Buchdruckereibesitzer aufs Haupt schlagen.

V e r b a n d s m i t g l i e d e r L e i p z i g s! Wie lange noch wollt ihr diesen Schädlingen mit verschränkten Armen zusehen? Wie lange wollt ihr noch dulden, daß eure so notwendige Geschlossenheit durch derartige „revolutionäre" Aktivität, nicht den Prinzipalen gegenüber, dazu gehört mehr Mut, sondern gegen die eigenen Klassengenossen, gesprengt und zerrissen wird? Heraus aus der Unentschlossenheit, sagt diesen Kollegen, ihr seid nicht gewillt, den egoistischen Parteistreit auf eurem Rücken austragen zu lassen, denn ihr bezahlt die Kosten hierfür. Nachdem es uns durch diese Helden nicht möglich war, die Leipziger Kollegenschaft eingehend über die sich zurzeit abspielenden Bewegungen innerhalb unseres Gewerbes in der Versammlung zu informieren, so müssen wir das auf diesem Wege nachholen. Also endlich ist das Kind zur Welt gekommen, mit dem die Prinzipale schon seit langer Zeit schwanger gingen. Die „hohe Entlohnung" für ungelerntes Personal muß eingeschränkt werden. Diese Weisheit ist aber nicht allein den Unternehmern unseres Gewerbes aufgestiegen, auch in den herausgegebenen Richtlinien des Zentralarbeitgeberverbandes heißt es unter anderem:

Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen.

Wir müssen im Lohnkonto billiger produzieren als das Ausland.

Die Höhe des Goldlohnes läßt sich nicht gleichmäßig zentral bestimmen.

Absolute Anlehnung an den Friedensnominallohn nicht möglich.

Schärfste Kalkulation des Lohnanteils.

Maßlose Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Goldlohn darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden die Fehler der bisherigen Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif verewigt. D i e S p a n n e z w i s c h e n d e n g e l e r n t e n u n d u n g e l e r n t e n, d e n e r w a c h s e n e n u n d j u g e n d l i c h e n, d e n m ä n n l i c h e n u n d w e i b l i c h e n A r b e i t e r n m u ß n a c h d e n B e d ü r f n i s s e n d e r P r o d u k t i o n u n d i n A n l e h n u n g a n d i e F r i e d e n s v e r h ä l t n i s s e w i e d e r v e r g r ö ß e r t w e r d e n. Soziallohn auch im Goldtarif. U n w i r t s c h a f t l i c h e U m g r u p p i e r u n g d e r A r b e i t s k r ä f t e, d i e d u r c h d e n K r i e g u n d d i e N a c h k r i e g s v e r h ä l t n i s s e e i n g e t r e t e n i s t (z u m B e i s p i e l A n g e l e r n t e a n P l ä t z e n q u a l i f i z i e r t e r A r b e i t e r o h n e d e r e n L e i s t u n g), m u ß w i e d e r a u s g e g l i c h e n w e r d e n.

Schon vor mehr als vier Monaten erklärten uns die Herren Steindruckereibesitzer, daß die Löhne des Hilfspersonals, vor allem aber die der weiblichen Arbeiter, u n b e d i n g t a b g e b a u t werden müßten. Bei der damals immer mehr in Erscheinung tretenden Geldentwertung war aber die Durchführung dieser Richtlinien nicht möglich. Bei der Umstellung der Papiermarkentlohnung in Goldentlohnung soll dieser Plan verwirklicht werden. Die Verhandlungen mit den Steindruckereibesitzern am 20. November mußten infolge der geradezu provozierenden Angebote der Unternehmer scheitern. Der Schlichtungsausschuß vermittelte am 26. November, es konnte eine Vereinbarung erzielt werden. Im Buchdruckgewerbe wurde unter Mithilfe des Reichsarbeitsministeriums am 23. November, obwohl bis zum 31. Dezember ein rechtsverbindlich erklärter Tarifvertrag besteht, ein Schiedsspruch gefällt, der einen wesentlichen Abbau in der Entlohnung für das Hilfspersonal mit sich brachte. Durch

---

beieinander, als ob eine Hand hastig darin herumgegrabbelt hätte. Scheu blickte er um sich — dann mit wahnsinniger Begierde zum Rauchen, einer Begierde, so heftig, daß ihm die Zunge leise prickelte und seine Augen trocken zu werden schienen, nahm er hastig, beinah bebend vor Angst, eine von dem Stapel. Das war schlecht — ja, aber — nun ja — merken tat's ja niemand, und wenn er wieder Geld hätte, würde er dem Herrn, wie mans gewöhnt ist, eine Zigarre präsentieren und — quitt sind wir. Und — und — was war denn daran gelegen — eine Zigarre — die konnte man — die durfte man — die — . . .

Mißgestimmt, nervös zögerte er, ehe er sie im Wohnzimmer in Brand setzte.

Das war die tiefste Erniedrigung, die ihm in den letzten Jahren überkommen war — es machte ihn ganz malade. Er fühlte . . .

Aber mit einemmal biß er die Spitze von der Zigarre strich eilig ein Streichholz an und dampfte im Lehnstuhl und blies dicke, schwere Rauchwolken nach dem Lampenglas, das süßlich und qualmig den Rauch aufsog und ihn weiter dem sich wiegenden Flämmchen zu dampfte.

Es war ein Genuß. Wild zog er, den Kopf hinten übergelegt, den Rauch in seiner Mundhöhle erwärmend und ihn durch die Nasenlöcher ausstoßend, daß er senkrecht zu der geduldig saugenden Lampe aufstieg. So hätte er die ganze Nacht sitzen können, die ganze, liebe, ruhige, einsame Nacht, bis die Morgendämmerung wieder das Getöse brachte, das Klingeln des Milchbauern, das Klingeln des Grünmannes, das — das — die ganze Misère, die an die Haustür klopfte. O, die Nacht, die ruhig verlaufende Nacht — bei der gemütlichen Lampe — in dem gemütlichen leeren Zimmer — bei der Zigarre.

Mit einem Ruck war er aufgesprungen.

Die Treppenstufen knarrten, knarrten, wie sie's taten, wenn magere Füße sie beschritten.

Schnell wehte sein Taschentuch den Rauch weg, den grauen Qualm um die Lampe herum — und ebenso schnell hatte er die heiße, feurig glimmende Zigarre in die Tasche gesteckt.

Scheu, verlegen, seltsam blickend, weil sie jetzt keine Brille auf hatte, den roten Streifen über der Nase, trat sie herein, sprach zögernd:

„Piet . . willst Du nicht lieber zu Bett . . ."

Aber dann plötzlich, überrascht, meinte sie Dampf schweben zu sehen, roch sie den Duft.

„Hast Du doch noch ein Endchen gefunden, Piet?" fragte sie froh erstaunt.

„Nein," sprach er kurz, ohne nachzudenken.

„Und . . . ."

„Was und?" brach er ärgerlich los.

„Nun — ich meinte — es rauchte hier . . ."

„Dann irrst Du Dich," sprach er nervös.

„Nun — schon gut — schon gut," beschwichtigte sie, „kommst Du denn?"

„Ja — sofort — nein, in 'ner Viertelstunde . . ."

„Gut, Piet . . ."

Ihre Füße knarrten die Treppe wieder herauf und oben scharnierte die Tür.

Mit den Füßen stampfend lief er hin und her, vom Kamin nach dem Schrank und wieder zurück und blies seine Handfläche, die ihm weh tat und rot aussah. Verdammt, wenn man sich auf solch' eine Weise brennt. So richtig unangenehm. Dieser dumme Einfall, noch einmal herunterzukommen — nie tat sie das — nun gerade heute . . .

Dann setzte er sich wieder an den Tisch, das Gesicht noch bleicher, die Augen umrändert, die Partpipen unordentlich, verworren, über dem Rock. Und in tiefem Sinnen niedergebeugt, stieß er die Rauchwolken, in heftigen Stößen genießend, unter die Lampe.

Der alte Kopf mit den grauen verworrenen Haaren neigte sich tief über die Tischplatte, die Lippen hielt er grimmig gefaltet, das Weiße im Auge glänzte feucht, mit kleinen mattstrahlenden Verschwimmungen.

Die Hand mit der Zigarre lag kraftlos neben Neljes Teller.

Dann schob er mit einem Ruck den Stuhl zur Seite, schloß die Augen und blieb so, langsam genießend und ziehend, sitzen, die Hände vor dem Leib, die Beine lang ausgestreckt.

So, ohne aufzusehen, rauchte er noch, als die Haustür piepte und der Kostgänger nach hinten ging. Wenn's ihm nicht gefiel, konnte er ja anderswo mieten.

* * *

Früh erklang die Glocke.

Mutter, die vorn im Zimmer beschäftigt war, ging nach hinten.

„Herein!"

„Was ist Ihnen gefällig?"

„Sagen Sie 'mal, Frau, wer ist gestern abend an meinen Zigarren gewesen?"

„An Ihren Zigarren? Kein Mensch, soviel ich weiß," sagte sie.

„Das ist nicht wahr," sagte der Kostgänger, „mir fehlt eine in dem Kistchen und auf dem Aschenbecher — da kann ich darauf schwören —, da lag auch eine Zigarre, die nur eben angeraucht war."

„Die eine," zögerte die Frau, „das ist ganz unmöglich — und — und, der Aschenbecher wird natürlich geleert."

„So — und das wird er von jetzt an nicht mehr," kommandierte der Kostgänger, „und sonst . . ."

Aengstlich zog sie die Tür zu.

Und während sie vorn den Lehnstuhl abrieb — Vater lag noch und schlief — überdachte sie, ob das möglich sein könne. Nein, das war nicht möglich. Das war gottsunmöglich. An dem Zigarrenkistchen war sie nicht gewesen. Da würde sie einen Eid d'rauf ablegen können.

Das Endchen, das hatte sie ja mitgenommen und in den Becher auf den Kamin gelegt — für heute abend —, wenn er sich wieder so unglücklich fühlte. Aber eine ganze Zigarre . . . Nein . . . Nein . . .

den starken Widerstand unserer Organisationsvertreter konnten die Verschlechterungsanträge der Prinzipale bis zu einem gewissen Grade abgewehrt werden. Aber schon holen sie erneut zum Schlage gegen uns aus. Am 12. Dezember ließ der Deutsche Buchdruckerverein unserem Zentralvorstand mitteilen, daß er einen Reichshilfsarbeitertarif nicht mehr abschließen will. Was also im ersten Ansturm nicht erreicht werden konnte, soll nunmehr auf diesem Wege durchgeführt werden. Die überaus traurige Wirtschaftslage, speziell in unserem Gewerbe, soll hierbei Schrittmacherdienste leisten. Um nun diesen neuen Angriff der Unternehmer abwehren zu können, hatte der Gauvorstand die eingangs geschilderte Protestversammlung einberufen. Es liegt aber einem Teil unserer Leipziger Kollegenschaft mehr daran einzureißen als auf- und auszubauen. Wohl hat sich das Reichsarbeitsministerium auf Antrag des Zentralvorstandes mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Das Ergebnis wird in einer in der ersten Januarwoche stattfindenden Funktionärsitzung der Kollegenschaft bekanntgegeben. Notwendig ist aber, daß auch die Leipziger Mitgliedschaft ihre seit 1. Dezember wieder erscheinende Fachzeitschrift „Solidarität" abonniert, um über alles, was in unserem Organisationsleben sich abspielt, unterrichtet zu sein. Der Preis für den ganzen Monat beträgt, wie schon mehrmals bekanntgegeben, 30 Goldpfennige. Bestellungen werden jederzeit im Bureau entgegengenommen. Auch das gehört mit zur Werbearbeit für eure Organisation! Mit dem Wunsche, daß der eingangs dieser Zeilen ergangene Appell an die Leipziger Mitgliedschaft Gehör findet und durchgeführt wird, wünschen wir allen Verbandsmitgliedern, Vertrauensleuten und Funktionären sowie allen tätigen Verbandsmitgliedern ein gesundes neues Jahr in der Erwartung, daß uns das Jahr 1924 endlich aus unserer trostlosen Lage und von qualvollen Leiden befreit. Der Gauvorstand

Stuttgart. Die am 19. Dezember 1923 sehr gut besuchte Versammlung nahm Kenntnis von der Weigerung der Unternehmer des Buchdruckgewerbes, den am 31. Dezember 1923 ablaufenden Reichstarif mit uns zu erneuern. Die Absichten, welche dieser Weigerung zugrunde liegen, sind für die Versammelten klar und deutlich ersichtlich. Die durch den verlorenen Krieg und die Steuerscheu der besitzenden Klassen heraufbeschworene wirtschaftliche Krise soll dazu ausgenutzt werden — um der Arbeiterschaft kolossale Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuzwingen. Mit dieser Absicht bekundet der DBV. einen bedauerlichen Mangel an sozialer Einsicht. — Die Versammelten sind der Meinung, daß eine weitere Herabsetzung der Lebenshaltung nicht in Frage kommen kann, wenn nicht das Leben und die Gesundheit des Hilfspersonals ernstlich gefährdet werden soll. Bei der Festsetzung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wollen wir nach wie vor durch unsere Berufsvertretung mitbestimmend sein. Wir beauftragen daher unsere Vorstandschaft und die Gauleitung, mit der hiesigen Unternehmervereinigung unverzüglich in Verbindung zu treten, um für den ganzen Kreis eine vertragliche Vereinbarung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Aus dem Vorgehen der Unternehmer erkennen die Versammelten, daß nur eine starke und kräftige Organisation uns vor der beabsichtigten Verschlechterung schützen kann und sie geloben deshalb aufs neue, mit allen Kräften für die Stärkung der Organisation einzutreten. Wer außerhalb der Organisation steht, stärkt damit die Unternehmer und übt Verrat an der eigenen Sache. Wir machen uns die vom Verbandsvorstand beschlossenen Maßnahmen vollinhaltlich zu eigen und setzen für deren Verwirklichung unsere ganze Kraft ein.

Rundschau.

Die Wirtschaftslage im November und Anfang Dezember hat gegenüber den Vormonaten eine weitere Verschlechterung erfahren. Eine Zusammenstellung von Berichten der wirtschaftlichen Fachverbände, Handelskammern, Landesämter für Arbeitsvermittelung, Arbeitsnachweisen usw., ferner Berichte aus großen und mittleren Industrien und der Fachpresse geben uns über die Wirtschaftslage folgendes Bild. Die Zahl der Beschäftigten ist in der Zeit vom Oktober bis Dezember von 879 752 auf 850 002 zurückgegangen. Davon waren 6 v. H. in Betrieben mit guter Konjunktur, 22 v. H. in Betrieben mit befriedigender und 72 v. H. in Betrieben mit schlechter Konjunktur beschäftigt. Der Vormonat verzeichnet 6 v. H. Beschäftigte in gutgehenden, 25 v. H. in befriedigend und 69 v. H. in Betrieben mit schlechter Geschäftslage. Ein Vergleich mit dem Vorjahrsmonat ergibt, daß als gut beschäftigte 47,7 v. H. und als schlecht 18 v. H. der Arbeitnehmer gelten. Es scheint so, als wenn das rasende Tempo, mit dem die Wirtschaftslage einer Katastrophe zuzutreiben schien, sich bedeutend vermindert hat. Gegenüber den Verschlechterungen der vorhergehenden Monate ist die des November und Dezember nur als eine geringe zu betrachten. Berichte der Landesarbeitsämter für Arbeitsvermittelung melden aber auch schon eine Zunahme der Anforderung von Arbeitskräften. Die Industrie verzeichnet einen größeren Eingang von Aufträgen und auch eine Verkürzung der Zahl der Kurzarbeiter. Weitere Mitteilungen sind geeignet, in uns die Hoffnung erwecken zu lassen, daß die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht hat und eine neue Wirtschaftsentwicklung im Werden ist. Wo heute noch Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen sind, sind es vielfach letzte Auswirkungen der Krise. Zur Hebung der Wirtschaftslage hat und wird die Einführung der Rentenmark erheblich beitragen, die eine vertrauensvolle Aufnahme bei der Bevölkerung fand und eine ebensolche bei der Wirtschaft verlangt. Durch Abbau der sogenannten Risikozuschläge ist ein teilweiser Preisabbau eingetreten und eine weitere Senkung der Preise ist noch zu erwarten.

Anders als die allgemeine Wirtschaftslage ist die des graphischen Gewerbes zu bezeichnen. Hier ist eine weitere bedeutende Abnahme des Beschäftigungsgrades und eine Zunahme der Kurzarbeiter und Entlassungen im Laufe des November und Dezember eingetreten. Die Beschäftigung durch den Notendruck, die dem Gewerbe bisher den Anstrich einer guten Beschäftigung gab, hat einen weiteren Rückgang erfahren und gibt dem Gewerbe weitere Scharen Arbeitsloser, die sich vielfach aus allen möglichen Berufen zusammensetzen und die Arbeitsnachweise des Gewerbes und das Gewerbe selbst schwer belasten. Die Aussichten für die Hebung des Arbeitsmarktes im graphischen Gewerbe sind außerordentlich trübe. Vielleicht bringt die Umstellung des Postverkehrs von der Papier- zur Goldmarkrechnung eine Aenderung. Die bisherigen postalischen Bestimmungen ließen eine Erhebung der Abonnements in Goldmark nicht zu, was eine erhebliche Schädigung des Zeitungsgewerbes bedeutete.

Zur Nachahmung empfohlen. Die Buchdruckerei Poesche u. Trepte Leipzig hilft in vorbildlicher Weise das in ihrer Firma beschäftigte Personal über die besonders schwere Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis leichter hinweg zu bringen. Sie lieferte ihren verheirateten Arbeitern pro Kopf 6 Zentner Kartoffeln, den ledigen je einen Zentner. Zirka 14 Tage vor Weihnachten erhielten die Verheirateten 20 Pfund Mehl, ebenfalls kostenlos. Die Ledigen bekamen 10 Pfund Mehl zu einem Vorzugspreis von 15 Pf. für das Pfund. Bei dem damals stark einsetzenden Brotmangel verteilte die Firma ohne Einschränkung Brot, ohne dabei den vollen Betrag der tatsächlichen Kaufsumme in Anrechnung zu bringen. Für ein 4-Pfund-Brot wurde der Preis von 3 Pfund berechnet. Die Brotverteilung geschieht auch heute noch. Dasselbe ist auch bei Belieferung von Margarine der Fall. Ganz besonders aber nimmt sich die Firma ihrer Arbeitslosen an. Bei Einstellung des Banknotendrucks mußten alle Aushilfsarbeiter wieder entlassen werden. Diese Arbeitslosen erhalten jede Woche ein 4-Pfund-Brot gratis. Außerdem hat die Firma, trotz aller Schwierigkeiten in Beschaffung von Räumen, einen Raum freigemacht und eine vollständig neue Kücheneinrichtung bauen lassen, um obenbezeichneten Arbeitslosen in dieser kalten Winterszeit warmes Mittagessen zu liefern, was auch täglich geschieht. Die Dauer der Geschäftszugehörigkeit spielt hierbei keine Rolle.

Der Verlag der Leipziger Neuesten Nachrichten hat seinem Personal anläßlich des Weihnachtsfestes 20 bis 30 Mk. als Weihnachtsgeschenk überreicht.

Sollte das, was hier geschehen ist, nicht auch andern Betriebsinhabern möglich sein! Die meisten Menschen, die helfen können, reden wohl viel von christlicher Nächstenliebe, weil das billig ist, damit ist dann aber ihre Tätigkeit erschöpft.

Quertreibereien. Einem Beschluß einer Vertrauenspersonensitzung nachkommend, setzte einer unserer Kollegen in Dresden eine Sammelliste für die Berliner Streikopfer unter der Hilfsarbeiterschaft in Umlauf. Er hatte aber nicht damit gerechnet, daß einige oppositionell veranlagte Setzer daran Anstoß nehmen würden und der Liste folgende Warnung beifügten: „Um hier keine falsche Meinung aufkommen zu lassen, wollen wir hiermit betonen, daß wir bereit sind, unsere streikenden Berliner Kollegen zu unterstützen, wenn uns die Gewähr dafür gegeben wird, daß das Geld auch direkt an die Streikleitung geht, nicht etwa durch irgendwelche Bonzen. Die so gewillt sind, bitten wir auf anhängender Liste zu zeichnen. Wenn die vorhergehende Liste vom Vertrauensmann der Hilfsarbeiter unseren Anforderungen entspricht, sind wir bereit, unsere (Gehilfenliste) mit der ihrigen zu vereinigen. Wir wissen ja auch gar nicht, ob das Geld nur an den Hilfsarbeiterverband geht."

Diese Quertreiberei hatte nur den Erfolg, daß die Liste unnötigerweise aufgehalten wurde und die Streikopfer einige Wochen später in den Besitz der gesammelten Gelder kamen. Die gingen allerdings doch noch durch die Hände der Bonzen, was aber hoffentlich von unseren Berliner Freunden ebenso mit Freuden begrüßt worden sein wird, als wenn das Geld ihnen durch eine oppositionelle oder andere Streikleitung ausgehändigt worden wäre. Diese oppositionellen Klopffechter aus der Buchdruckerei der Baenschen Stiftung in Dresden, die ständig mit der Parole: „Einheitsfront und Industrieverband" krebsen gehen, sollten doch überlegen, welchen Eindruck sie mit ihren Mätzchen bei der graphischen Arbeiterschaft machen. Oder ist das von ihnen zu viel verlangt?

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn hat durch die zweite Steuernotverordnung ab 1. Januar folgende Neuregelung erfahren:

Vom Arbeitslohn bleibt für den Arbeitnehmer ein Betrag von 50 Goldmark monatlich oder 12 Goldmark wöchentlich steuerfrei. Von dem überschießenden Betrag hat der Arbeitgeber 10 Proz. bei jeder Lohnzahlung einzubehalten. Der Prozentsatz ermäßigt sich um 1 Proz. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau sowie für jedes Kind. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, das steuerfreie Existenzminimum abzuändern.

Es ist eine Aenderung gegenüber dem bisherigen Verhältnis in der Form eingetreten, daß die Berechnung der steuerfreien Summen nicht mehr nach der Dreiteilung: Werbungskosten, Existenzminimum und Abzug für Frau und Kinder, erfolgt, sondern es ist eine Vereinfachung insofern getroffen, daß in Zukunft als Existenzminimum 12 Goldmark festgesetzt worden sind. Der darübergehende Betrag des Lohnes muß mit 10 Proz. besteuert werden. Bei Verheirateten ermäßigt sich der Prozentsatz um 1 Proz. für die Ehefrau und jedes Kind. Folgendes Beispiel möge die Neuregelung anschaulich machen: Ein Hilfsarbeiter erhält einen Wochenlohn von 25 Goldmark. Steuerfrei sind 12 Goldmark. Versteuert werden 13 Goldmark. Der Ledige zahlt 10 Proz., also 1,30 Goldmark, der Verheiratete 10 Proz. minus 1 Proz. für die Ehefrau gleich 9 Proz., also 1,17 Mk., mit einem Kind 8 Proz. gleich 1,04 Mk., mit zwei Kindern 7 Proz. gleich 0,91 Goldmark. Die Prozentsumme ermäßigt sich weiter um 1 Proz. für jedes Kind, so daß ein Familienvater mit fünf Kindern nur 4 Proz. des über 12 Goldmark hohen Wochenlohnes versteuern braucht.

Neue Invalidenrenten vom 1. Januar. Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Dezember („Reichsanzeiger" vom 21. Dezember) gewähren die Versicherungsanstalten ab 1. Januar durch die Post den Invalidenrentnern 13 Mk., den Witwen 9, den Waisen 7 Rentenmark. In der Angestelltenversicherung betragen die entsprechenden Renten 30, 18 und 15 Rentenmark. Zu den Invalidenrenten und dem Ruhegeld tritt in den Fällen, in denen nach dem Versicherungsgesetz ein Kinderzuschuß gezahlt wird, die monatliche Zahlung von je 3 Mk. Die Rentenempfänger in der Angestelltenversicherung scheiden hiernach ab 1. Januar aus der Sozialrentnerunterstützung aus. Bei den Rentenempfängern der Invalidenversicherung wird wegen Aufwertung der Versicherungsleistungen eine Unterstützung, wenigstens in der ersten Januarhälfte, im allgemeinen nicht für notwendig erachtet.

Die Kapitalflucht aus Deutschland. Für die Lösung der Reparationsfrage beziehungsweise für die Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit müßte zuerst der Umfang der deutschen Kapitalflucht festgestellt werden. Ueber die Größe des seit Kriegsende nach dem Ausland geflüchteten deutschen Kapitals gehen die Schätzungen sehr auseinander. Rudolf Keller, der Chefredakteur des „Prager Tagblattes", schätzt die Inflationsgewinne der Ruhrkonzerne auf zwei Milliarden Goldmark, die zum großen Teil ihren Weg nach dem Ausland gefunden haben.

Ein jüngst in der Schweiz erschienenes Buch, dessen Verfasser ein Schweizer Nationalökonom, Leo Wulffsohn, und der Franzose Gabriel Wernle, früher Kaufmann in Hamburg, gegenwärtig Redakteur in Genf, sind, behandeln die Methoden, durch welche es den deutschen Kapitalisten gelang, ihre Kapitalien über die Grenze zu bringen. Der direkte Schmuggel von Banknoten und deren Umwandlung in fremde Währung spielt dabei eine sehr geringe Rolle. Die wirkliche Kapitalsflucht wird durch Handelsgeschäfte verschleiert und durch ausländische Verbindungen oder Filialen deutscher Unternehmungen vollzogen. Mannigfaltig sind die Methoden der Kapitalflucht; die Verfasser zählen eine große Menge derselben auf, zu deren Wiedergabe wir keinen Raum haben. Die „Zwischenfakturierung" spielt dabei eine hervorragende Rolle, das heißt die deutsche Unternehmung verkauft ihre Waren zu niedrigen Scheinpreisen an eine befreundete Stelle im Ausland, die die Waren an den wirklichen Käufer weiterleitet. Dadurch wird es ihr erspart, die Devisen an das deutsche Schatzamt einzuliefern; der wirkliche Verkaufspreis kann im Ausland investiert werden. Oder aber: auf Grund vorgetäuschter Schulden wird die Ausfuhr von Devisen vom deutschen Finanzamt genehmigt, die ausgeführten Beträge werden aber nicht zur Schuldentilgung, sondern zur Kapitalsanlage verwendet usw. Das spannende Kapitel des erwähnten Buches ist aber die Darstellung dessen, wie die großen Konzerne durch die Hilfe ihrer Auslandsstellen und Verbindungen die kleinen Unternehmungen enteigneten. Die Kapitalflucht, die in großem Maßstab nur von seiten der Großkonzerne erfolgen konnte, wurde die beste Methode zur Erweiterung der Macht dieser Konzerne im Inland und zur Kapitalkonzentration größten Stils, die aber nicht mit Rücksicht auf die Interessen der Produktion, sondern nur auf den Profit geschah. Die Großkonzerne konnten den Kleinen Valutadarlehen für Rohstoffbeschaffung gewähren und sie dadurch unter ihre Botmäßigkeit bringen. Sehr oft geschah es aber, daß die ausländische Filiale der großen Konzerne die Aktien der kleinen Unternehmungen unter Ausnutzung der Geldentwertung zu Spottpreisen aufkaufte. Der Großkonzern, nachdem er so die Herrschaft über dieses Unternehmen gewonnen und seine Vorrechte durch Stammaktien usw. gesichert hatte, verkaufte dann seine Aktien zu erhöhten Kursen im Ausland, und der Erlös ist im Ausland stehengeblieben. Die Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen können freilich auch eine Art von Kapitalflucht darstellen, die einzige, welche unter Umständen eine volkswirtschaftliche Berechtigung haben mag.

Die französische Regierungspresse fordert nun die Erfassung dieser geflüchteten Kapitalien, damit sie zu Reparationsleistungen herhalten sollen. Bisher konnte sie aber nicht die Wege zeigen, wie zum Beispiel die neutralen Länder gezwungen werden könnten, Auskünfte über diese Kapitalien zu geben oder diese auszuliefern. Die innere Politik Deutschlands ist aber von reaktionären Kräften beherrscht, weshalb die Ausforschung der geflüchteten Kapitalien nicht erfolgen wird. Die Reparationszahlungen werden also von den Arbeitern und Angestellten geleistet werden müssen.

750 Millionen Dollar im Jahr für Schminke! Eine amerikanische Pressemitteilung besagt, daß der jährliche Aufwand für Toilettepuder, Gesichtscreme, Schminke und Lippenpomade 750 Millionen Dollar beträgt, 15 Dollar für eine jede Frau in Amerika. Diese kurze Notiz spricht Bände für unsere Gesellschaftsordnung. Die Arbeiterfrau in der Fabrik kauft sich keine Schminke. Es ist ein Beitrag zur Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, wenn für derartige Luxusausgaben so ungeheure Beträge zur Verfügung stehen, und ein Beitrag zur Moralität einer Gesellschaft, wo für Erziehung, gesunde Wohnungen, Kinderpflege die Mittel fehlen, weil dreiviertel Milliarden im Jahr für Schminke verschwendet werden.

Abrechnungen.

Vom 24. bis 29. Dezember gingen folgende Zahlungen ein:

Gau 1. Bielefeld 42,50 Mk.
Gau 3. Stuttgart 25 Mk. Heilbronn 7,60 Mk.
Gau 5. Dresden 100 Mk. Grimma 8,15 Mk.
Gau 6. Altenburg 15 Mk.
Gau 7. Kottbus 7 Mk. Rathenow 1 Mk.
Gau Schlesien. Liegnitz 10 Mk.
Gau 8. Aschersleben 21 Mk. Wernigerode 3,60 Mk.
Gau 9. Braunschweig 25 Mk. Lüneburg 1,05 Mk. Osnabrück 5 Mk.
Gau 10. Lübeck 8 Mk.
Gau Leipzig. 82,55 Mk.

Berlin, den 29. Dezember 1923.

Heinrich Lodahl.

Briefkasten.

Leipzig. Bericht hier am 24. Dezember eingegangen, als sogar schon Nr. 38 gedruckt war. — **Königsberg.** Franz Behrendt, Leipzig-Neustadt, Kirchstr. 93. Die fehlende Nummer ist nach dort, wie immer an den Kollegen Knorr, abgegangen. Nachsendung ist erfolgt. — **Stuttgart.** Die Zeitungen können immer, wenn Wert darauf gelegt wird, direkt von hier aus zum Versand kommen. Allerdings nicht an 100 Adressen.

DRESDEN.

Das Verbandsbureau befindet sich:

Schützenplatz 20, Hinterh. r., (Volkshaus)

Verantwortlich für Redaktion: K. Schulze, Charlottenburg, Meerscheidtstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1028. — Verlag: H. Lodahl Charlottenburg. Verlag Ausgabe B für Groß-Berlin: M. Blankenburg, Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.